Georg Pazderski: Burkaträgerin verprügelt Dessous-Verkäuferin - Ein Vorgeschmack

Mohammedanismus

Berlin, 6. September 2017. Zur Prügelattacke einer Burkaträgerin auf eine Dessous-Verkäuferin in Berlin erklärt AfD-Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski:

"Eine Burkaträgerin verprügelt eine Dessous-Verkäuferin, weil Dessous ?haram? sind. Es ist ein weiterer Mosaikstein in der Entwicklung, die sich in Deutschland und ganz Europa vollzieht.

Der politische Islam fordert immer mehr Privilegien und geantwortet wird mit Toleranz. Dabei ist dieser Vorfall aus Neukölln nur ein Vorgeschmack auf das, was uns noch bevorsteht. Das Endstadium dieser Islamisierung lässt sich in Saudi-Arabien beobachten.

Mit falscher Toleranz gegenüber einer intoleranten Religion opfern wir die freiheitlichen Errungenschaften unserer Kultur und bewegen uns in Richtung mittelalterlicher Verhältnisse zurück.

Wir wollen das nicht. Dieser Entwicklung muss entschlossen entgegengewirkt werden. Das aber funktioniert nicht mit vorauseilendem Gehorsam und Unterwerfung, wie jüngst beim Discounter Lidl.

Hier lebende Muslime müssen akzeptieren, dass die Glaubensfreiheit dort endet, wo andere in ihren Rechten verletzt werden. Islamisten dürfen wir bei uns nicht dulden. Sie sind - sofern irgend möglich - abzuschieben. Die unkontrollierte Zuwanderung gilt es durch das Sichern der Grenzen zu beenden."

www.afdtelevision.de

Georg Pazderski AfD im Groitzscher Hof 23.8 Rede zur inneren Sicherheit
www.youtube.com/watch?v=e8pPTAPwvFY

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild